

116 + 06.09 WNK UWG fordert Plan für Senioren

Einen „Seniorenplan“ fordert die WNK UWG für Wermelskirchen. Ziel müsse es sein, dem Wunsch nach Älterwerden im gewohnten Umfeld zu entsprechen – obwohl viele Senioren keine Angehörigen in direkter Nähe wohnen haben. Der Seniorenplan soll alle wichtigen Themenfelder abdecken. Die Datensammlung könnte über eine Hochschul-Abschlussarbeit erfolgen, schlägt die WNK UWG vor. Sie könnte dann die Grundlage für weitere Planungen sein. Bürgermeister Eric Weik soll der Politik diesen Antrag zur Beratung vorlegen. *neu*

WNK UWG will „Bündnis“ bei vielen Themen unterstützen

31 09.09.14
WERMELSKIRCHEN (ser) Die Fraktion der WNKUWG wird die Mehrzahl der 20 Themen der neuen bürgerlich-grünen Verbindung von CDU, Bürgerforum und Grüne unterstützen. Das teilt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse mit. Dazu zählen zum Beispiel die Belebung des Wochenmarktes, die Schaffung weiterer Gewerbeflächen, Verbesserung der Wirtschaftsförderung, Bau mindestens eines Kunstrasenplatzes, Förderung von Musikschule, Katt, Hallenbad und Freibad, Tourismusförderung oder die Erarbeitung eines Konzepts zur Einsparung von Energie in öffentlichen Gebäuden. Rehse: „Bei der Mehrheit der Punkte gibt es eine grundsätzliche Übereinstimmung. Es ist eine gute Basis,

um die Dinge voranzubringen.“ In diesem Zusammenhang merkt er an, dass seine Fraktion zu mehreren Themen bereits Anträge gestellt habe. Verwundert ist Rehse darüber, „warum viele dieser Punkte nicht schon umgesetzt worden sind, insbesondere da Büfo und Grüne im Regenbogenbündnis mit die Mehrheit hatten und entsprechende Anträge schon vorlagen“.

Zwei Themen, die die Bürger bewegen, sind laut Rehse in der Vereinbarung von CDU, Bürgerforum und Grüne leider nicht erwähnt: Sauberkeit und Ordnung in der Stadt sowie die Pflege der Grünflächen. „Vielleicht besteht die Möglichkeit, dabei noch gemeinsam nachzulegen“, hofft Rehse.

31 11.09 WNK UWG fordert einen Seniorenplan

WERMELSKIRCHEN (ser) Der demografische Wandel macht sich auch in Wermelskirchen bemerkbar, der Anteil der Senioren wird höher. Die WNKUWG fordert in diesem Zusammenhang die Aufstellung eines „Seniorenplans“ für Wermelskirchen. Ziel müsse sein, dem Wunsch nach Älterwerden im gewohnten Umfeld zu entsprechen. „Im Krankheits- oder Pflegefall steht die Familie oft nicht oder nicht kontinuierlich zur Verfügung. Um bei solchen Problemlagen schnell und unkompliziert die beste Lösung für den Einzelfall zu finden, zeigt der Seniorenplan Wege auf“, teilt die WNKUWG mit. Örtliche Institutionen und Ämter, die in der Seniorenarbeit tätig sind, sollen in einem Arbeitskreis an der Erstellung des Plans mitarbeiten. Die Datensammlung könnte über eine Hochschul-Abschlussarbeit erfolgen.

Der Loches-Platz könnte zum Zankapfel werden ^{WG A} _{17.09}

POLITIK SPD und WNK UWG reagieren durchaus zustimmend auf die bürgerlich-grüne Verbindung.

Von Nadja Lehmann

„Unterstützung!“ So kurz und prägnant kommentiert Henning Rehse die 20 Ziele, auf die sich die neue bürgerlich-grüne Verbindung geeinigt hat.

Viel Übereinstimmung lässt da der Fraktionsvorsitzende der WNK UWG erkennen, reibt sich nur verwundert die Augen, wie er dann leicht stüffisant anmerkt: Weshalb denn viele Punkte nicht längst umgesetzt seien? „Insbesondere, da Bürgerforum und Grüne im Regenbogenbündnis mit die Mehrheit hatten und entsprechende Anträge schon vorlagen?“

Unterstützung. Aber nicht bei jedem Ziel. Dem Loches-Platz weist Rehse eine andere Rolle zu. Während die bürgerlich-grüne Verbindung um die Fraktionsvorsitzen-



Der Loches-Platz ist Kirmes-Standort. Das soll er, findet die WNK UWG, ohne Wenn und Aber bleiben. Auch der dortige Discounter müsse in einem Konzept seinen Platz finden.
Foto: Hans Dieter Schmitz

den Christian Klicki (CDU), Stefan Janosi (Bündnis 90/Grüne) und Oliver Platt (Bürgerforum) den Loches-Platz umgestalten und mit einem

Lebensmittelvollsortimenter ausstatten will, hält Rehse diesen nur auf dem Rhombus-Gelände für sinnvoll. „Für uns ist der Loches-Platz un-

verzichtbarer Kirmes-, Veranstaltungs- und Parkplatz.“ Auch der dortige Discounter müsse bleiben. Unterstützung. Die signalisiert auch

Fraktionschef Jochen Bilstein (SPD). „Dazu brauchen wir keinen Vertrag. Da, wo es Schnittmengen gibt, arbeiten wir zusammen.“ Eine feste Verbindung sei nicht notwendig, manchmal hinderlich. „Wir wollen unsere Freiheit behalten.“

Die gemeinsamen Ziele überwiegen, findet die SPD

Unterschiede gebe es, aber es überwiegen gemeinsame Ziele. „Der Loches-Platz schreit danach, ordentlich gestaltet zu werden“, ist Bilstein d'accord mit der bürgerlich-grünen Verbindung. Den ersten gemeinsamen Antrag hat die SPD mit ihr auf den Weg gebracht und eine transparente Wirtschaftspolitik gefordert. Gewerbeansiedlung zählt für Bilstein zu den Topthemen. „Wir brauchen Flächen, um Industrie anzusiedeln.“

Rollrausch-Konzept - Politik ist geteilter Meinung 84 20.04

WERMELSKIRCHEN (ser) Das Konzept des Vereins Rollrausch für den Bau einer Freizeitanlage mit einem integrierten Skatepark wird die Politik in nächster Zeit beschäftigen. Nach der Forderung der CDU, die Idee nicht wieder in der Schublade verschwinden zu lassen, melden sich jetzt auch die WNKUWG und die SPD zu Wort. „Ich halte es für sinnvoll, das Thema weiter zu diskutieren“, sagt Jochen Bilstein (SPD).

Es sei zwar das Recht des Bürgermeisters, seine Meinung zu den Plänen zu äußern. „Letztlich entschei-

det aber die Politik, wie es weitergeht“, sagt Bilstein. Das Rollrausch-Konzept sieht vor, für etwa 180 000 Euro einen Skatepark an einem Gelände an der B 51 neben Lidl zu bauen. Die Finanzierung soll die Stadt übernehmen ebenso wie die Unterhaltskosten. Eric Weik hatte im BM-Gespräch die Pläne als toll, aber nicht realisierbar bezeichnet. Im Übrigen gehört der Stadt das Gelände nicht, auf der die Freizeitanlage entstehen soll. Jochen Bilstein hofft nun, dass sich die Parteien sachlich mit dem Konzept ausei-

nersetzen „und es zumindest einmal im Ausschuss diskutieren“.

Henning Rehse (WNKUWG) fordert von der neuen bürgerlich-grünen Verbindung aus CDU, Bürgerforum und Grüne, nun aktiv zu werden. „Sie haben im Stadtrat die Mehrheit. Dann mögen sie doch die entsprechenden Anträge zum Haushalt 2015 stellen, inklusive Deckungsvorschlägen“, fordert Rehse. „Gleichzeitig mögen sie dann bitte auch die für vier Kunstrasenplätze benötigten Gelder im Haushalt bereit stellen, denn nur dann stehen

eingesetzte Mittel und Zahl der Nutzer der Einrichtungen in einem auch nur annähernd proportionalen Verhältnis zueinander.“

WNKUWG-Ratsmitglied Jan Paas kommt sich mit Blick auf die Rollrausch-Pläne vor wie auf einer Achterbahnfahrt. „Vor kurzem noch sollte es eine Halle sein, bezahlt aus selbst beschafften Mitteln. Nun soll es ein ‚Alles-Inklusive-Sorglos-Rollsportpark‘ sein, ohne finanzielle Beteiligung beim Bau und Unterhalt durch den Nutzer“, sagt er. Zu den Aufgaben eines Bürgermeisters ge-

höre es auch, Machbares von Wünschenswertem zu trennen. „Sofern die CDU Eric Weik als Innovationsbremse bezeichnet, darf ich sagen, dass ich mir für unsere Stadt niemals einen Bürgermeister wünsche, der Luxuspakete verspricht, die mit der Haushaltsproblematik unvereinbar sind“, betont Paas.

Weik habe mit seinem Vorschlag, den Bauhof für eine kleinere Freizeitanlage einzubinden, das Fundament für Gespräche mit Rollrausch gelegt. „Dieses Angebot kann fruchten“, meint Paas.

Skaterpark ^{WKA} gegen vier ^{10.09.} Rasenplätze

ROLLRAUSCH WNK:
Ohne Geld der
Stadt geht es nicht.

Die benötigten Gelder für vier Kunstrasenplätze möge die CDU im Haushalt bereitstellen, fordert Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender von WNK/UWG. Denn nur dann stünden eingesetzte Mittel und Nutzer der Einrichtungen in einem annähernd proportionalen Verhältnis zueinander. Henning Rehse bezieht sich dabei auf das Nein der CDU zum Nein des Bürgermeisters auf den Vorschlag des Vereins „Rollrausch“, einen Rollsportpark in Wermelskirchen zu bauen.

„Will man das Projekt wirklich umsetzen, muss Geld angefasst werden: in jedem Fall auch städtisches Geld“, so Rehse in der WNK/UWG-Erklärung. Umsonst werde es das Projekt nicht geben, meint Rehse. „Das muss jedem klar sein, der sich ernsthaft mit dem Projekt beschäftigt und den Nutzern keinen Sand in die Augen streuen will.“

Dieses Geld müsse vom Rat bereitgestellt werden. Die bürgerlich-grüne Verbindung habe dort die Mehrheit. Dann möge sie die entsprechenden Anträge zum Haushalt 2015 stellen, inklusive Deckungsvorschlägen, fordert Rehse. *MH*



Will Taten statt Worte: Henning Rehse von WNKUWG. Foto: privat

Freie Wähler und Piraten schließen sich zusammen

BM
24.09

RHEIN-BERG (BM) Die über die Reserveliste der Freien Wähler in die Landschaftsversammlung Rheinland gewählten Mitglieder Henning Rehse (Wermelskirchen), Udo Bayer (Essen), Heinz Schmitz (Brühl) sowie die in ihren Gebietskörperschaften mit den Stimmen der Freien Wähler direkt gewählten Mitglieder der Piratenpartei Kai Hemsteeg (Essen) und Rudi E. Lennartz (Eschweiler) haben sich für die neue Wahlperiode der Landschaftsversammlung Rheinland zur Fraktion Freie Wähler/Piraten zusammengeschlossen.

Dadurch werde die Arbeitsfähigkeit der Fraktion gewährleistet und gegenüber der vergangenen Wahlperiode intensiviert und optimiert, teilt Henning Rehse mit, der die Fraktion der Freien Wähler seit 2009 leitet und jetzt in diesem Amt bestätigt wurde.

Die Fraktion sei nun in allen Ausschüssen und Kommissionen mit Ausnahme des Landesjugendhilfeausschusses (nur beratend) mit Sitz und Stimme vertreten und könne so eine durchgängige Arbeit in allen Bereichen für die Menschen im Rheinland leisten.

Rehse führt die „Freien Wähler“ im Rheinland

WFA
15
04

Der Wermelskirchener Henning Rehse (WNK) bleibt Vorsitzender der Fraktion der



Ist wieder gewählt: Henning Rehse.

„Freien Wähler“ in der Landschaftsversammlung Rheinland. Die war vor den Wahlen mit den Piraten eine Listenverbindung eingegangen. Durch den Zusammenschluss ist die Fraktion in allen Ausschüssen und Kommissionen mit Ausnahme des Landesjugendhilfeausschusses vertreten. red

Rehse kritisiert Beschluss zur Buslinie

BM
30.09.14

„Es wurde ein Präzedenzfall geschaffen“, sagt Henning Rehse. Erst vor kurzem wurde auf Kreisebene ein Antrag für eine bessere ÖPNV-Verbindung abgelehnt.

WERMELSKIRCHEN (ser) Eins stellt Henning Rehse zu Beginn klar: „Es ist schön für die Schüler aus Dabringhausen, dass sie bald täglich mit einem Bus zur Schule nach Odenthal gebracht und auch wieder abgeholt werden.“ Der WNKUWG-Fraktionsvorsitzende, der auch Mitglied des Kreistags ist, kritisiert allerdings den politischen Beschluss auf Kreisebene, 2015 eine Buslinie von Dabringhausen nach Odenthal einzurichten.

Drei der täglich fünf Fahrten werden so getaktet, dass Dabringhausener Schüler, die in Odenthal zur Schule gehen, eine gute Anbindung haben. Politisch sei es laut Rehse ein

Hammer, dass der Kreis den Schulbusverkehr finanziere und nicht der Schulträger, in diesem Fall die Gemeinde Odenthal. „Damit wurde ein Präzedenzfall geschaffen“, meint Rehse.

Er verweist auf einen Beschluss aus dem Ausschuss für Verkehr und Bauen auf Kreisebene am 4. September. Die FDP hatte dort einen Antrag gestellt, zu prüfen, wie die ÖPNV-Verbindungen – auch zwischen Wermelskirchen und Bergisch Gladbach – verbessert werden können. Die Kreisverwaltung hatte die Pendlerströme zwischen den Städten überprüft (300 Pendler nach Bergisch Gladbach, 118 in die

Gegenrichtung) – sie kam zum Ergebnis, dass eine direkte Busverbindung nur ein überschaubares Fahrgastaufkommen erwarten lässt. Die jährlichen Kosten (420 000 Euro) würden die Einnahmen (weit unter 100 000 Euro) deutlich übersteigen. Die Politiker stimmten einstimmig (bei zwei Enthaltungen) dafür, den Antrag nicht weiter zu verfolgen.

Eine gute Anbindung nach Bergisch Gladbach schaffe die neue Buslinie nach Odenthal nicht, findet Rehse. „Fahrgäste aus Wermelskirchen müssen in Dabringhausen und auch in Odenthal umsteigen. Martin Bosbach von der CDU gaukelt etwas vor.“